

# FDP will gleichen Lohn für gleiche Arbeit

Lohnleichheit und Gesamtarbeitsverträge: Mit linken Postulaten soll die Mindestlohn-Initiative gebodigt werden

VON CHRISTOF MOSER  
UND FLORENCE VUICHARD

Mit überraschenden Geschworschlagen will FDP-Chef Philipp Müller ein Ja zur populären Mindestlohn-Initiative verhindern. Diese verlangt einen gesetzlichen Mindestlohn von 4000 Franken. Müller sagt: «Es reicht nicht, einfach Nein zu sagen zu dieser Initiative. Es braucht endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

Wenn wir dieses an sich selbstverständliche Ziel erreichen, können wir für die unteren Einkommen viel bewegen.»

**DIESE FORDERUNG**, mit der die FDP in den Abstimmungskampf ziehen will, soll insbesondere Frauen von einem Ja zur Gewerkschafts-Initiative abbringen. «Vor allem Frauen empfinden Löhne, die nicht zum Leben reichen, als ungerecht. Wohl auch, weil sie überdurch-

schnittlich davon betroffen sind.» Laut Umfragen befürworten derzeit über drei Viertel der Bevölkerung Mindestlöhne.

Weiter propagiert Müller als Gegenmittel zur Mindestlohn-Vorlage Gesamtarbeitsverträge – auch dies ungewöhnlich für die FDP. «Sozialpartnerschaft mit Branchenlösungen und Rücksicht auf regionale Unterschiede» sei besser als «ein nationaler Mindestlohn, der alles über einen Leisten schlägt».

Ein heisses Eisen ist auch die 1:12-Initiative, die diesen Herbst zur Abstimmung kommt und das bürgerliche Lager erzitern lässt. Eine Umfrage zeigt indes, dass die Initiative für die meisten Unternehmen im Parlament keine Konsequenzen hätte: Die überwiegende Mehrheit erfüllt bereits heute freiwillig die Vorgabe der Initiative, wonach der höchste Lohn in einer Firma maximal zwölfmal höher sein darf als der tiefste Lohn. > SEITEN 2 BIS 5

## «Es reicht nicht, einfach Nein zu sagen zur Mindestlohn-Initiative»

FDP-Präsident Philipp Müller befürchtet nach dem überwältigenden Ja zur Abzocker-Initiative auch die Annahme der Initiative

für Mindestlöhne und will deshalb Lohnexzessen nach unten mit eigenen Lösungssätzen begegnen

Ungewohnte Töne von FDP-Chef Philipp Müller: Als Mittelst gegen das drohende Volks-Ja bei der 1:12- und der Mindestlohn-Initiative fordert er gleiche Löhne für Mann und Frau – und propagiert Gesamtarbeitsverträge.

VON CHRISTOF MOSER  
UND FLORENCE VUICHARD

Als Sie zum FDP-Präsidenten gewählt wurden, scherzten Sie, Sie hätten es einfacher als Ihr Vorgänger Fulvio Pelli «die habe einen Müller geholt. Wer ist Ihr Müller, Herr Müller?»

Die FDP-Frauen? Nein, das ist Vergangenheit. Gegen die SVP-Familieninitiative und die Abtreibungsinitiative werden wir Seite an Seite mit den Frauen kämpfen.

Trotzdem sollen die FDP-Frauen nach der abweichenden Meinung zum Familienartikel mit einem Verhaltenskodex diszipliniert werden. Ist das nötig?

Dieser Kodex soll für die gesamte Partei gelten, nicht nur für die Frauen. Wir wollen endlich aufhören, uns selber zu zerfeilen. Die politischen Gegner sitzen nicht in der eigenen Partei, sondern links und rechts von uns.

Was ist mit Ruedi Noser, der Sie wegen der Verhaltenskodex kritisiert hat?

Die Ventilfunktion ist kein Fraktionsschlag und muss vom Bundesrat entschieden werden, ich habe immer meine eigene Meinung vertreten. Ruedi Noser nicht das Gleiche. Er hat über liberale Partei im Parlament nicht substantiiert gestützt, geht es mit der Basis auf überlebensfähigem Fundament gebunden und erfolgreichen Schweizer weiter.

Sie haben in den letzten Monaten die meisten erfolgreichen Partner zum Teil heftig kritisiert und damit nicht nur Freunde gewonnen. Ist etwas der Müller dem Müller sein?

Aber ich rede sehr gerne Klartext, das stimmt. Die Kritik ging vor allem gegen die BDP-Finanzministerin, die sich sehr schwer tut mit der Finanzplatzstrategie.

Der Bürgerblock wirkt ziemlich zerstritten, auch wegen Ihrer Abzocker. Das ist ein falscher Eindruck. Wir arbeiten in vielen Dossiers sehr gut zusammen, zum Beispiel im Kampf gegen die 1:12.

Wir müssen endlich aufhören, uns selber zu zerfeilen.»

für die Schweiz essenziell zeigen, wie sie weiterzukommen hat. Sie werden zweigeteilte Partei werden. Das ist ambizios. Vor allem, weil wir immer noch als Partei der wirtschaftlichen Eliten wahrgenommen werden. Das ist zwar grundfalsch, schadet uns aber.

Was macht die Wahlen existenziell für die FDP?

Wir wollen zweigeteilte Partei werden. Das ist ambizios. Vor allem, weil wir immer noch als Partei der wirtschaftlichen Eliten wahrgenommen werden. Das ist zwar grundfalsch, schadet uns aber.

Stimmt die Wahrnehmung denn nicht? Nein, wirklich nicht. Als Swisscom-Präsident hat unser heutiger Bundesrat Johann Schneider-Ammann bereits vor Jahren die absurden Zustände in den Topfgeschichten einiger Grossfirmen heftig kritisiert. Fulvio Pelli hat die Vergütungssysteme in der Pharma- und Finanzbranche verurteilt. In wilder Zeit, das war das zur Kenntnis genommen wird.

An der FDP bleibt gleichwohl immer noch der Ruf der Abzocker-Partei. Wir wurden in den letzten Wahlen wegen dieser Lohnexzesse abgestraft. Dabei

haben wir als erste Partei klar gegen die nicht mehr erklärbaren Entlohnungen Stellung bezogen. Die Herren wollten es aber nicht hören. Die 2.5-Milliarden-Boni für UBS bei ebenso hohem Verlust sind unerklärbar. Das verstehen die Leute nicht und ich auch nicht.

Im Abstimmungskampf muss die FDP trotzdem mit Einnahmestruem, dem Abzocker-Kartell, im gleichen Boot.

Man wirft uns immer vor, mit Irgendjemandem im gleichen Boot zu sitzen – mal ist es die SVP, mal Einnahmestruem oder weiss der Teufel wer. Nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir politische Entschlüsse selber fällen und dann mit Ihnen, die unsere Meinung teilen, für die Sache kämpfen. So funktioniert Politik in der Schweiz. Die FDP hat den Gegenvorschlag unterstützt. Es gab Stimmen, die diesen Gegenvorschlag dann bei Referendum bekämpfen wollten. Das haben wir sofort abgestellt. Leider ist das Thema Abzocker auch nach dem Ja zur Mindest-Initiative nicht vom Tisch.

Wollte die Abzocker-Initiative? Die Bretter vor abzurufen können Löhnen haben mit ihren Exzessen das sozialpolitische Klima in diesem Land vergüßelt und den sozialen Frieden, der die Schweiz stark macht, hat in Schläge gebracht. Die meisten Initiativen sind das zur Kenntnis genommen wird.

Sie reden von der 1:12- und von der Mindestlohn-Initiative? Nicht nur. Bis zu den Wahlen 2015 werden wir auch Themenkomplexe wie Politik

dominieren: Gerechtigkeit, Fairness und Sozialpolitik auf der einen, Migrations- und Asylpolitik auf der anderen Seite. In beiden Themenkreisen gibt es Missstände, gegen die wir von der FDP gute Lösungen haben. Die Initiativen von links und rechts wollen Lösungen, die mehr

Initiativen sind in unserem System ein legitimes politisches Instrument.

Die 2.5 Milliarden Boni für UBS bei ebenso hohem Verlust sind unerklärbar.»

men wird, brauchen wir über die Erweiterung der Freizügigkeit auf Kronstädter gar nicht mehr abstimmen. Allen der Begriff «Inländerverzug» führt dazu, dass nach einem Ja zur Initiative die bis letzten Vertrag mit der EU erfüllen.

Wie wollen Sie ein Ja zu dieser SVP-Initiative verhindern? Ich gebe der Initiative sehr grosse Chancen. Die Einnahmestruemzahlen sind zu hoch. Es ist unverständlich, dass sich Bundesrat Stommaroggen auch immer weigert, endlich die Einnahmestruem aus Staaten, die nicht der EU angehören, zu

reduzieren. Auch die Exzesse im Asylbereich haben Annahme angangener, die nicht mehr tragbar sind.

Was bietet die FDP für Lösungen an? Bereits 2009 haben wir bei der Personenfreizügigkeit Massnahmen zur konsequenten und einschränkenden Anwendung vorgeschlagen. Seit Jahren wollen wir die jährlich über 4000 Einwanderer aus Nicht-EU-Staaten reduzieren und haben Vorstösse dazu eingereicht. Wir unterstützen die Asylgesetzrevision, die im Juni zur Abstimmung kommt. Frau Sommaroggen hat vom Parlament alle Instrumente in die Hand bekommen. Sie muss jetzt endlich umsetzen. Die Bewilligung will Resultate sehen.

Mit Härte im Asylbereich retten Sie die Personenfreizügigkeit nicht. Die FDP muss klarmachen, dass die Schweizer Wirtschaft auf die bilateralen Verträge angewiesen ist. Sie sichern uns den Zugang zum grossen Wirtschaftsraum der Welt mit einem Handelsvolumen von einer Milliarde Franken pro Tag. Diesen Zugang dürfen wir nicht gofährden. Da geht es dann um wirklich viele Arbeitsplätze in der Schweiz.

Wie wollen Sie die sozialpolitischen Initiativen konkret, die gemäss Umfragen hohe Zustimmungswerte haben? Die Abstimmung über die 1:12-Initiative können wir gewinnen. Schweizer wird es bei der Mindestlohn-Initiative, die bis weit ins bürgerliche Lager Sympathien geniesst. Diese Initiative müssen wir abschottet ernst nehmen.

FDP-Präsident Philipp Müller.  
ANKEITE BOUILLER



Was spricht für Mindestlöhne? Ein nationaler Mindestlohn schlägt alles über einen Leisten und nimmt keine Rücksicht auf regionale Unterschiede. Das ist keine gute Lösung. Tierliebhaber sind vor allem Berufseinsteiger. Auch in der Schweiz ist dies ein Problem. Die Stärke der Schweiz ist die Flexibilität. Wenn wir diese einschränken, dann haben wir im internationalen Wettbewerb verloren. Eine typische und bewährte Schweizer Lösung, um Arbeitsgeber und Arbeitnehmerinnen unter einen Hut zu bringen, sind Gesamtarbeitsverträge.

Es den Sprachkenntnissen, Kurzaufenthalter und Grenzregionen: Leute mit Berufsausbildung und Sprachkenntnissen steigen rasch auf oder wechseln in besser zahlende Branchen. Ich habe aber in der Arena zur 1:12-Initiative gemerkt, dass Argumente weiter zählen, wenn die Gegenseite die Moralkette schwächt. Deshalb kann die Mindestlohn-Initiative einschlagen, wenn wir uns nicht etwas Geschicktes einfallen lassen. Einfach Nein sagen zur Initiative reicht nicht.

Was schlagen Sie stattdessen vor? Nach den Rückmeldungen, die ich erhalten, empfinden vor allem Frauen Löhne, die nicht zum Leben reichen, als ungerecht. Was ist über

durchschnittlich davon betroffen sind. Es braucht daher endlich gleiche Löhne für gleiche Arbeit.

Was steht längs in der Verfassung? Die Mutterschaftsversicherung stand auch über 20 Jahre in der Verfassung, bis sie umgewandelt wurde. Es ist für mich nicht verständlich, dass immer noch Lohnumverteilung bestehen. Wenn wir dieses an sich selbstverständliche Ziel erreichen, können wir gerade in den unteren Einkommen viel bewegen. Weitergehende Massnahmen sind für die KMU nur schwer verkäuflich. Die Stärke der Schweiz ist die Flexibilität. Wenn wir diese einschränken, dann haben wir im internationalen Wettbewerb verloren. Eine typische und bewährte Schweizer Lösung, um Arbeitsgeber und Arbeitnehmerinnen unter einen Hut zu bringen, sind Gesamtarbeitsverträge.

Vor allem Frauen empfinden die Löhne, die nicht zum Leben reichen, als ungerecht.»

Es den Sprachkenntnissen, Kurzaufenthalter und Grenzregionen: Leute mit Berufsausbildung und Sprachkenntnissen steigen rasch auf oder wechseln in besser zahlende Branchen. Ich habe aber in der Arena zur 1:12-Initiative gemerkt, dass Argumente weiter zählen, wenn die Gegenseite die Moralkette schwächt. Deshalb kann die Mindestlohn-Initiative einschlagen, wenn wir uns nicht etwas Geschicktes einfallen lassen. Einfach Nein sagen zur Initiative reicht nicht.

Was schlagen Sie stattdessen vor? Nach den Rückmeldungen, die ich erhalten, empfinden vor allem Frauen Löhne, die nicht zum Leben reichen, als ungerecht. Was ist über